



HANDLUNGSEMPFEHLUNG

Frankfurt macht (Klima)Politik 2021

**DEMOKRATIE
KONVENT** mehr als
wählen

INHALT

VORWORT	3
AUF EINEN BLICK	5
Forderungen	5
Projektideen	6
EINFÜHRUNG	7
ZUM PROZESS	8
PRÄAMBEL	9
DIE FORDERUNGEN IM EINZELNEN	10
Information & Transparenz	10
Zielgruppenspezifische Kommunikation	11
Kampagne zur Aktivierung „Frankfurt macht gutes Klima“	12
Mobilität	13
DIE PROJEKTE IM EINZELNEN	15
Kompetenzvermittlung Klimaschutz	15
Solardächer auf Frankfurter Schulen	17
Frankfurter Klimaschutzfonds	18
„Babbel-Bänksche“	19
ZUSAMMENFASSUNG	20
UNTERSCHRIFTEN	21
ANHANG: GRAFIC RECORDINGS	22

VORWORT

Liebe Bürger:innen,

Nächstes Jahr werden wir in Frankfurt den 175. Jahrestag der Paulskirchenversammlung feiern. Auch vor diesem Hintergrund freut es mich, dass wir mit dem Demokratiekonvent in unserer Stadt einen interessanten neuen Aufbruch für mehr Demokratie erleben. Der Verein *mehr als wählen e. V.* möchte Menschen zu politischer Mitwirkung ermuntern, die nicht schon in Parteien aktiv sind oder sich über Verbände oder BI's Gehör verschaffen können. Das Ziel: Demokratie von unten, professionell organisiert.

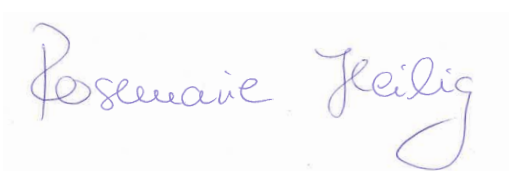
Als Klimadezernentin habe ich die etwa 30 engagierten Mitglieder des Vereins darin bestärkt, sich des Themas Klimaschutz anzunehmen. Wie können wir bei der großen Transformation Frankfurts zu einer klimaneutralen Stadt alle mitnehmen? Wie geben wir den Bürger*innen eine Stimme, die sich keinen Tesla in die Garage stellen können oder nicht im Bio-Hofladen einkaufen? Im Klimaschutz steckt ein großes Potenzial für mehr Demokratie, doch die notwendigen Veränderungen können auch Widerstände auslösen, wenn es nicht gerecht zugeht.

Deshalb: Hören wir genau zu!

Was heißt das konkret: Mir als Klimadezernentin war es von Anfang an wichtig, dass die Ergebnisse der Beratungen der Bürger:innen nicht einfach „versanden“. Was passiert also mit den Ergebnissen, die in der vorliegenden Handlungsempfehlung festgehalten sind? Zunächst werden sie im Februar bei einer gemeinsamen Pressekonferenz verschiedener Dezernent:innen der breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Anschließend werden die Ergebnisse in die relevanten Ausschüsse sowie in die Fraktionen der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung getragen und dort diskutiert. Denn Klimaschutz ist etwas, das nicht nur ein einziges Dezernat bewerkstelligen kann, sondern dass die ganze Stadtpolitik angeht, weswegen wir auf eine breite An- und Einbindung der Ergebnisse hinarbeiten.

Zu guter Letzt werden wir im September nächsten Jahres bei einer öffentlichen Veranstaltung mit den Teilnehmenden und den beteiligten städtischen Akteuren gemeinsam darauf schauen, was bis dahin konkret mit den Forderungen und Projektideen passiert ist. Als Klimadezernentin werde ich diesen transparenten Prozess begleiten und tatkräftig unterstützen.

Ihre



Rosemarie Heilig
Dezernentin für Klima, Umwelt und Frauen



NÄCHSTE SCHRITTE

Präsentation in Ausschüssen
der Stadtverordnetenversammlung
Januar/Februar 2022

Pressekonferenz mit
zuständigen Dezernaten
im Anschluss Februar 2022

Was ist mit den
Ergebnissen passiert?
vsl. September 2022

AUF EINEN BLICK

Der Demokratiekonvent hat sowohl Forderungen als auch konkrete Projekte erarbeitet - Hinweise zum Prozess und zur Arbeitsweise finden sich auf Seite 8. Dieser Überblick stellt die Kernforderungen dar. Einige Forderungen rufen vor allem zur politischen Debatte auf und richten sich an die städtische Politik, die Projektideen dagegen sollen von Politik und Verwaltung hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit geprüft werden.

Forderungen

Wir sind eine wichtige Stimme Frankfurts und fordern, dass im Bereich Klimapolitik den Worten auch Taten folgen. Die Stadt Frankfurt muss ins Handeln kommen.

Siehe Seite 9

Die zentralen Informationen zu den städtischen Klimamaßnahmen und Angeboten sollen zugänglich und transparent gemacht werden.

Siehe Seite 10

Wir brauchen eine zielgruppengerechte Kommunikation über Klimaschutz, die alle informiert und ihnen die Möglichkeit gibt, sich aktiv zu beteiligen!

Siehe Seite 11

Wir fordern eine fortlaufende Kampagne zum Thema Klima, die relevant, niedrigschwellig und fokussiert ist.

Siehe Seite 12

Klimaschutz in der Mobilität muss endlich ernst genommen werden - wir fordern eine Umfairverteilung des Verkehrsraums zugunsten von Rad, ÖPNV und Fußverkehr.

Siehe Seite 13

AUF EINEN BLICK

Projektideen

Die „Kompetenzvermittlung Klimaschutz“ verknüpft Probleme mit Problemlösern: sie bringt Expert:innen aus Unternehmen und Zivilgesellschaft zusammen, die gemeinsam Lösungswege entwickeln, um die Klimaziele der Stadt zeitgerecht zu erreichen.

Siehe Seite 15

Schulgebäude sind besonders für die Installation von Solardächern zur Erzeugung von nachhaltiger Solarenergie geeignet - wir fordern die Installation auf allen tauglichen Schulgebäuden.

Siehe Seite 17

Wir setzen uns ein für einen Klimaschutzfonds, der lokales grünes Investieren ermöglicht und zur Refinanzierung anderer klimapolitischer Maßnahmen dienen kann.

Siehe Seite 18

Wir fordern die Schaffung von nachhaltigen Begegnungsorten: Das „Babbel-Bänksche“ bietet einen ökologischen Treffpunkt im öffentlichen Raum für alle.

Siehe Seite 19

EINFÜHRUNG

Der Frankfurter Demokratiekonvent ist ein gelostes Gremium, bei dem Frankfurter:innen an vier Tagen die städtische Politik mitgestalten. Die Auswahl der Teilnehmenden wird zu zwei Dritteln per Zufall generiert, ein Drittel wird durch die bewusste Ansprache unterrepräsentierter Gruppen ausgewählt. So wird Dialog zwischen allen Teilen der Gesellschaft ermöglicht. Die Teilnehmenden des Demokratiekonvents erarbeiten an vier Tagen gemeinsam eine Handlungsempfehlung für die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung sowie die betroffenen Dezernate. Dies geschieht in moderierten Kleingruppen und begleitet durch Expert:innen. Dadurch wird gewährleistet, dass für jede:n niedrigschwelliger Zugang möglich ist. Im Jahr 2019 wurde bereits erfolgreich ein Demokratiekonvent zu besserer Bürger:innenbeteiligung durchgeführt.

Der zweite Demokratiekonvent hatte das Thema "Frankfurt macht (Klima)politik".

Der Demokratiekonvent wird von *mehr als wählen e. V.* durchgeführt und findet in Kooperation mit der Stadt Frankfurt statt, die den Demokratiekonvent auch finanziell unterstützt. *mehr als wählen e. V.* ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Frankfurt am Main mit dem Schwerpunkt Demokratieförderung, demokratische Innovation und politische Bildung. Das Besondere an der zufälligen Auswahl der Teilnehmer:innen ist, dass es politische Beteiligung für alle in Frankfurt gemeldeten Menschen ermöglicht. Die Berücksichtigung unterrepräsentierter Gruppen dient dazu, Politik auch für Menschen zugänglich zu machen, die aufgrund des Selektionsbias üblicherweise von politischer Beteiligung ausgeschlossen sind (ob bewusst oder unbewusst). Dies betrifft Kinder und Jugendliche, Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen mit körperlicher Einschränkung und Menschen mit formal niedrigem Bildungsabschluss. Das Projekt bringt Menschen, die sonst nicht miteinander sprechen würden, miteinander in Dialog. Außerdem gelingt es mit diesem Format Prozesse politischer Entscheidungsfindung erlebbar zu machen. Insofern schließt es eine Lücke zwischen Bürger:innen und Politiker:innen und dient als niedrigschwelliges Beteiligungsinstrument.

ZUM PROZESS

Die insgesamt 50 Teilnehmer:innen haben an vier Tagen verschiedene Forderungen und Projekte zum Thema Klimapolitik in Frankfurt entwickelt. An den ersten beiden Tagen des Konvents stand dabei zunächst das Vertrautmachen mit dem Thema, dem Format und der Gruppe im Vordergrund. Verschiedene Vorträge vom BUND Hessen und von Mitarbeiter:innen der Dezernate für Umwelt, Mobilität, Bauen sowie Planen dienten dazu, einen Überblick über städtisches Handeln zu geben. Am zweiten Wochenende wurde sodann - orientiert an den Interessen der Teilnehmer:innen - zu ausgewählten Themengebieten vertieft gearbeitet. Hierzu sind acht Kleingruppen gebildet worden, die sich auch eine Stunde mit ausgewählten Stadtverordneten zu ihren Themen ausgetauscht haben. Die Ansätze umfassen dabei Themen wie Beteiligung und Kommunikation, Mobilität, aber auch sehr konkrete Projekte wie etwa die Frage der Kompetenzvermittlung und die Nutzung von Solardächern auf Schulen. Übergeben und abgestimmt worden sind die Ergebnisse dann am Ende des vierten Tages im Plenarsaal des Römers in Anwesenheit von Stadtverordnetenvorsteherin Hilime Arslaner-Gölbaşı, Stadtkämmerer Bastian Bergerhoff sowie Beteiligungsdezernentin Eileen O'Sullivan.

Der Demokratiekonvent tagte am 30./31. Oktober sowie am 20./21. November 2021. In genau diesem Zeitraum hat die vierte Welle der Corona-Pandemie in Deutschland wieder extrem an Fahrt gewonnen, sodass einige Teilnehmende aus Gründen des Gesundheitsschutzes am zweiten Wochenende nicht teilnehmen konnten. Durch Online-Veranstaltungen wurden sie aber zumindest nachträglich über den Prozess informiert. Die Anzahl derjenigen, die abgestimmt haben, beläuft sich daher aber nur auf 40 Personen.

Klimapolitik ist ein weitreichendes Thema, das viele verschiedene Sektoren und (politische) Zuständigkeitsbereiche umfasst. Es betrifft sowohl Fragen der öffentlichen Infrastruktur wie auch des privaten Konsums. Ob Mobilität, Energieerzeugung oder die Bebauung städtischen Raums: Klimapolitik ist etwas, das sich an die ganze Gesellschaft richtet. Die Übergänge sind fließend, gegenseitige Verflechtungen und Abhängigkeiten zahlreich. Zudem kennt Klima keine Grenzen. Es macht nicht Halt an Ortsschildern oder Regierungsbezirken. Klimapolitik muss also immer auch überregional und supranational betrieben werden. Gleichzeitig sind es die Kommunen vor Ort, in denen Menschen gemeinsam leben und handeln. Sie sind die Keimzelle für konkrete politische Praxis.

Ziel des Demokratiekonvents war es einerseits der Komplexität und Diversität von Klimapolitik Rechnung zu tragen, andererseits politische Beteiligung für alle zu ermöglichen. Diesem Anspruch in vier Tagen mit einer Gruppe sich fremder Menschen mit unterschiedlichem Vorwissen sowie anderen Perspektiven und Erfahrungen gerecht zu werden, ist eine Herausforderung. Dies spiegelt sich auch in der Struktur der Handlungsempfehlung wieder. Neben zentralen übergeordneten Forderungen (*wie ein --> 365 Euro Ticket für alle oder --> Klima als Querschnittsthema*) gibt es ganz konkrete, Frankfurt-spezifische Projektideen (*--> Babbel-Bänksche oder --> Kompetenzvermittlung Klima*). Wir sehen in diesem breiten Maßnahmen- und Forderungskatalog weniger eine nachteilige Zerstreung als vielmehr die Chance, die vielen unterschiedlichen Ebenen - zumindest teilweise - zu benennen, auf denen klimapolitisch interveniert werden muss.

PRÄAMBEL

Als Gremium zufällig ausgewählter Frankfurter:innen ist der Demokratiekonvent eine wichtige Stimme Frankfurts.

Wir erkennen an, dass die Stadt bereits einiges für den Klimaschutz macht, halten dies jedoch längst noch nicht für ausreichend, um die selbst gesteckten Ziele zu erreichen. Wir fordern eine deutliche Intensivierung und Beschleunigung der klimapolitischen Maßnahmen – innerhalb der Stadt Frankfurt, aber auch in Kooperation mit den Kommunen im Umland. Alle Ampeln stehen dafür auf Grün!

Wie erwarten, dass der Klimaschutz als Querschnittsaufgabe der gesamten Stadtregierung und -verwaltung begriffen und entsprechend institutionell verankert wird. So wird sichergestellt, dass Klimapolitik in allen Bereichen als relevant beachtet wird. Alle politischen Entscheidungen der Stadt Frankfurt müssen künftig ein grünes Häkchen bekommen, also nach Folgen für das Klima begutachtet werden. Dabei soll der Klimaschutz beschleunigt und nicht verkompliziert werden.

Wir fordern ein jährliches Monitoring der Klimaschutz-Maßnahmen, indem die Stadt offenlegt, ob sie auf dem Weg zur Erreichung der klimapolitischen Ziele im Soll ist oder nicht. Neben den langfristigen Zielen sollen auch Etappenziele definiert werden. Bei nicht erreichten Zielen sollen die Gründe dafür erklärt und zugleich Strategien der Nachsteuerung dargelegt werden. Dieses Monitoring wird durch externe Sachverständige begleitet. Der Bericht dient der (Selbst-)Kontrolle und Transparenz.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig von allen Teilnehmer:innen angenommen.

Der Demokratiekonvent unterstützt den Klimaentscheid Frankfurt.

Abstimmungsergebnis: 39 Ja, 1 Nein.

Gründe, warum mit "Nein" gestimmt wurde:

»» In der bisher bekannten Form ist der Klimaentscheid nicht präzise genug formuliert.

DIE FORDERUNGEN IM EINZELNEN

Information & Transparenz

„Die zentralen Informationen zu den städtischen klimapolitischen Maßnahmen und Angeboten zugänglich und transparent machen.“

Die Stadt soll sich zur Transparenz in allen Bereichen der Klimapolitik verpflichten. Sie veröffentlicht ihre Ziele und Erreichtes regelmäßig.

Die Stadt Frankfurt am Main nutzt aktuell zur Information über Klimapolitik und Klimaschutz in Frankfurt die Website www.klimaschutz-frankfurt.de. Dieses bestehende Informationsportal soll, so unsere Forderung, erneuert und erweitert werden. Der Grundgedanke dabei ist, dass in der Wechselwirkung von Rechenschaftspflicht und maximaler Transparenz der Stadt in den Bereichen der kommunalen Klimapolitik das Interesse der Bürger:innen an diesem Themenbereich zunimmt, was bestenfalls auch zu einem stärkeren Selbstengagement führt. Damit dies gelingt soll die Stadt Frankfurt am Main zeitnah eine Selbstverpflichtung in der Stadtverordnetenversammlung verabschieden, laut derer sie auf der Website www.klimaschutz-frankfurt.de:

- 1) in Form eines Zeitstrahls darstellt, was ihre klimapolitischen Ziele für die nächsten Jahre sind und
- 2) jährlich Rechenschaft darüber ablegt, inwieweit diese Ziele erreicht worden sind oder nicht erreicht wurden.

Die Stadt soll direkte Ansprechpersonen zur städtischen Klimapolitik in allen Stadtteilen und Dezernaten schaffen.

Es ist uns wichtig, dass die Stadt neue Möglichkeiten schafft, um sich über Klimapolitik und Klimaschutz in Frankfurt am Main zu informieren. Zum Einen sollen themenspezifische Ansprechpersonen innerhalb der Dezernate niedrigschwellig über das Informationsportal www.klimaschutz-frankfurt.de auffindbar sein. Diese sollen innerhalb eines definierten Zeitraumes auf Anliegen und Anfragen der Bürger:innen reagieren. Des Weiteren soll die Stadt ein zweijähriges Pilotprojekt unter dem Namen „Klimapaten“ starten. Klimapaten sollen direkte Ansprechpersonen zu regionalen Klimathemen in allen Stadtteilen sein, die zugleich eine Lotsenfunktion einnehmen und so an weitere Stellen in der Stadt Frankfurt weiterleiten können. Die Stellen des Klimapaten oder der Klimapatin sollen als Ehrenamt inklusive der gängigen Aufwandsentschädigung von der Stadt Frankfurt initiiert werden. Nach der zweijährigen Pilotphase soll die Stadt anhand einer ständigen Evaluierung entscheiden, inwieweit eine Verlängerung des Vorhabens sinnvoll ist.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen.

DIE FORDERUNGEN IM EINZELNEN

Zielgruppenspezifische Kommunikation

Wir brauchen eine Kommunikation über Klimaschutz, die alle informiert und ihnen die Möglichkeit gibt, sich aktiv zu beteiligen!

Es soll eine Handreichung für die Stadt Frankfurt erstellt werden, wie verschiedene Gruppen angesprochen werden (= Kommunikationsstrategie). Wenn über Klimaschutz informiert wird, beispielsweise auf der Webseite "klimaschutz-frankfurt.de", dann muss dies für alle verständlich sein. Dies meint die Verwendung von einfacher Sprache, die Berücksichtigung von Mehrsprachigkeit oder auch die Nutzung von Audio- und Videodateien. Diese Kommunikationsstrategie sollte sich an den Bedarfen und Möglichkeiten der unterschiedlichen Zielgruppen orientieren. Im Idealfall wird die Strategie mit Vertreter:innen der Zielgruppe erarbeitet. Das bedeutet zugleich, dass die Strategie fortwährend hinterfragt wird und an die Veränderungen der Zielgruppen angepasst werden muss. Eine zielgruppenspezifische Kommunikation ist verpflichtend für folgende Bereiche: allgemeine Informationen und Informationen zum Thema Klimaschutz(politik), Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten, Rechenschaftsberichte. Es müssen übergeordnete Stellen geschaffen werden, die kontrollieren ob die Umsetzung der Kommunikationsstrategie den Ansprüchen der Zielgruppen entspricht.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen.

DIE FORDERUNGEN IM EINZELNEN

Kampagne zur Aktivierung „Frankfurt macht gutes Klima“

Ziel ist eine fortlaufende Klimakampagne, die die ganze Stadt ins Tun bringt! Wir fordern die Stadt auf, eine fortlaufende Klimakampagne zu implementieren, die relevante Themen im Kontext Klimaschutz im Kommunalen aufgreift und diese in Form von niedrigschwelligen Angeboten fokussiert angeht.

Hierfür braucht es in einem ersten Schritt einen konzeptualisierten Jahresplan von Seiten der Stadt Frankfurt, der zu Beginn eines jeden Jahres vorgestellt wird. Dieser Jahresplan enthält vier unterschiedliche Kampagnen, die sich jeweils auf ein bestimmtes klimarelevantes Thema fokussieren und in der Umsetzung möglichst niedrigschwellig strukturiert sind. Hinter der zeitlichen Staffelung in Quartale steht die Notwendigkeit, jeder einzelnen Kampagne ausreichend Raum zu geben, geplant, umgesetzt und abschließend diskursiv reflektiert zu werden. Inhaltlich müssen sich die einzelnen Kampagnen auf ein einzelnes, relevantes Thema festlegen. Beispiele hierfür wären: Ernährung („Frankfurt isst nachhaltig“), Energieversorgung („Frankfurt macht Strom“), Begrünung („Frankfurt pflanzt grün“) etc. Außerdem muss der Jahresplan ein Monitoring der einzelnen Kampagnen enthalten.

Die Kampagnen sollen räumlich auf die unterschiedlichen Stadtteile eingegrenzt werden. Jeder Stadtteil erhält so die Möglichkeit, die inhaltlichen Kampagnen je nach Bedarf und Möglichkeiten zu spezifizieren und möglichst niederschwellig umzusetzen. Die Mobilisierung ist auf Ebene der Stadtteilebene effektiver und umfassender möglich. Das Ziel der Kampagnen muss es sein, die Bürger:innen zum „Machen“ anzuregen. Jeder Teilnehmer:in soll ein Raum geschaffen werden, die eigenen Fähigkeiten und Ideen bestmöglich einzubringen. Im Vordergrund muss die praxisorientierte Einbindung der Bürger:innen stehen. Sie sollen zusammenkommen und gemeinsam an einem klimarelevanten Thema arbeiten.

Wir fordern zudem zentrale Ansprechpartner:innen von der Stadt Frankfurt für den Jahresplan, die dezernatsübergreifend arbeiten und die Bürger:innen bei der Umsetzung unterstützen. Am Ende eines jeden Quartals sollen die Kampagnen in Form eines Stadtteilkonvents von den Teilnehmenden gemeinsam reflektiert und evaluiert werden. Hierfür sollen bestehende Räume in den Stadtteilen (Beispiel = Saalbau) genutzt werden. Die Stadtteilkonvente sollen neben der Reflexion und Evaluation auch für die inhaltliche und konzeptionelle Planung und Diskussion zukünftiger Jahrespläne genutzt werden, sodass ein partizipativer und transparenter Kreislauf entsteht, bei dem das Ende einer jeden Kampagne auch gleichzeitig als Beginn für zukünftige Jahrespläne und die darin enthaltenen Kampagnen verstanden werden kann. Die 16 Ortsbeiräte der Stadt Frankfurt sollen als Multiplikatoren in die Stadtteilkonvente integriert werden. Einerseits, um eine Vernetzung zwischen den jeweiligen Stadtteilen herzustellen, andererseits um eine formale Anbindung an die Stadt zu gewährleisten, sodass die Ideen und Anregungen nicht verloren gehen.

Außerdem fordern wir von der Stadt Frankfurt Mittel für die Umsetzung. So soll die Stadt je nach inhaltlichem Schwerpunkt der laufenden Kampagnen materielle Ressourcen zur Verfügung stellen, wie zum Beispiel Pflanzen beim Thema Begrünung etc., die bei der Umsetzung der Kampagnen genutzt werden können.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen.

DIE FORDERUNGEN IM EINZELNEN

Mobilität

Leitsatz: Klimaschutz in der Mobilität endlich ernst nehmen!

Forderungen:

1) Den Verkehrsraum zugunsten des ÖPNV, Rad- und Fußverkehrs umfairteilen, um langfristig die Lärmbelastung und Luftverschmutzung im Stadtraum zu verringern und den Klimaschutz sowie die Gesundheit und Sicherheit der Bewohner:innen nachhaltig zu fördern.

2) 365€-Ticket für alle Bewohner:innen des RMV-Gebiets kurzfristig einführen. Momentan gibt es das Ticket bereits in Hessen für Schüler:innen und Senior:innen. Für viele Menschen ist die Nutzung des Autos damit noch immer günstiger, als regelmäßig mit Bus und Bahn zu fahren. Um einen schnellen Umstieg von Individualverkehr auf ÖPNV zu schaffen, muss diese Vergünstigung für alle Bewohner:innen des RMV-Gebiets zugänglich gemacht werden.

3) ÖPNV-Netz konsequent ausbauen und Taktung optimieren. Der Ausbau des ÖPNV-Netzes muss jetzt höchste Priorität haben und die Taktung der Züge mittels moderner Analysetechniken so optimiert werden, dass der ÖPNV eine attraktive Alternative zum Individualverkehr bietet.

Abstimmungsergebnis: 37 Ja, 3 Nein.

Gründe, warum mit "Nein" gestimmt wurde:

- » Autos zu verbannen, wird zu stärkeren Konflikten führen. Daher sollte man bei Autos die Nutzung alternativer Treibstoffe vorantreiben und fördern. Schaffung verkehrsberuhigter Bereiche sinnvoll
- » Insbesondere für Transport werden weiterhin Autos notwendig bleiben
- » Deutschland ist traditionell ein Auto-Land und hat in diesem Bereich viele Arbeitsplätze

4) Eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen in Frankfurt, die noch keine Zuschüsse zu Jobtickets zahlen, einführen, um wichtige Investitionen in eine nachhaltige städtische Verkehrsinfrastruktur zu finanzieren. Die Abgabe soll von Unternehmen ab 15 Mitarbeitenden geleistet und nach Unternehmensgröße gestaffelt werden. Sollte die Stadt Frankfurt die Nahverkehrsabgabe aufgrund mangelnder Zuständigkeit nicht eigenständig umsetzen können, soll sie sich auf Landesebene für eine Nahverkehrsabgabe einsetzen.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja, 10 Nein.

Gründe, warum mit "Nein" gestimmt wurde.

- » Zu bürokratisch
- » Keine Umsetzbarkeit, zu belastend für die Wirtschaft
- » Vergabe von Jobtickets ist seitens des Verkehrsverbundes an Bedingungen geknüpft, die von Unternehmen nicht beeinflussbar sind. Diese Hürden müssen beseitigt werden, bevor an eine (Zwangs-)Abgabe gedacht wird.

DIE FORDERUNGEN IM EINZELNEN

Mobilität (Fortsetzung)

5) Bezahlbares, arbeitsnahes Wohnen für alle ermöglichen, um Pendlerverkehr zu vermeiden. Kurze Wege zur Arbeit können auf unterschiedlichen Wegen, z.B. über die Ausweitung des Home Office, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Städten oder die Schaffung von attraktiven Arbeitsplätzen in ländlichen Regionen erreicht werden.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja, 9 Nein.

Gründe, warum mit "Nein" gestimmt wurde:

- »» Kein direkter Zusammenhang zum Thema Mobilität
- »» Nicht alle Menschen können in Frankfurt leben
- »» Wohnsituation sollte durch private Gründe (Liebe, Familie) entschieden werden, nicht durch Arbeit. Daher eher home office ermöglichen

DIE PROJEKTE IM EINZELNEN

Kompetenzvermittlung Klimaschutz

Die Frankfurter „Kompetenzvermittlung Klimaschutz“ (KK) verknüpft Probleme mit Problemlösern: Sie bringt Expert:innen aus Unternehmen sowie der Zivilgesellschaft und der Verwaltung zusammen, die gemeinsam Lösungswege entwickeln, um die Klimaziele der Stadt zeitgerecht zu erreichen. Die KK kommt dabei immer dann ins Spiel, wenn es „irgendwo hakt“: Sie übersetzt bestehende Probleme und Bedarfe aus der Stadt in konkrete Fragestellungen, die anschließend von agilen Projektteams bearbeitet werden. In ihrer Rolle als Bremsenlöserin und Beschleunigerin sorgt die KK dafür, dass die Stadt schneller vom Reden ins Tun kommt. Durch die Zusammenführung bisher „brachliegender“ Kompetenzen und einem pragmatischen Fokus auf die konkrete Umsetzung guter Ideen hilft die KK mit, dass die Stadt Frankfurt ihre selbst gesteckten Klimaziele erreicht.



Die „Kompetenzvermittlung Klimaschutz“ ist das Bindeglied zwischen den Frankfurter Expert:innen (in Unternehmen & Zivilgesellschaft) auf der einen Seite und den bestehenden Frankfurter Problemen und Bedarfen im Bereich Klimaschutz auf der anderen Seite.

Die KK baut dafür eine Datenbank auf, in der sich alle Frankfurter:innen mit ihren jeweiligen Expertisen eintragen lassen können. Die KK wirbt mit einer zielgruppenspezifischen Ansprache um „Klimahelden“, die bereit sind, sich für ihre Stadt zu engagieren - beispielsweise qualifizierte Fachleute im Ruhestand, die gerne etwas bewegen wollen. Dazu gehört auch das Relationship-Management mit Frankfurter Unternehmen, die es für dieses Projekt zu überzeugen gilt. Auch wenn die Datenbank zur Erfassung konkreter (Fach-)Expertisen angelegt wird, ist sie nicht elitär: Alle Frankfurter:innen können mitmachen, denn jeder und jede kann – je nach Themenfeld – wichtige Perspektiven einbringen. Die KK entwickelt darüber hinaus Richtlinien zum Datenschutz sowie zur klaren Trennung von geschäftlichen und öffentlichen Interessen, um Lobbyismus zu vermeiden.

Probleme und Bedarfe können sowohl von der Stadtverwaltung, Frankfurter Unternehmen oder auch Frankfurter Bürger:innen formuliert und an die KK herangetragen werden. Die KK übersetzt diese dann in eine konkrete Fragestellung bzw. definiert eine Projekt-Zielstellung. Anschließend bildet die KK mithilfe der Datenbank ein agiles Projektteam, in dem die für die Bearbeitung der Fragestellung notwendigen Perspektiven und Expertisen versammelt

DIE PROJEKTE IM EINZELNEN

Kompetenzvermittlung Klimaschutz (Fortsetzung)

sind. Im weiteren Verlauf begleitet und unterstützt die KK das Projektteam (Projektmanagement). Sobald das Projektteam einen konkreten Lösungsvorschlag entwickelt hat, kümmert sich die KK um die Kommunikation der Ergebnisse nach außen und – wenn nötig – die Einbringung der Vorschläge in die entsprechenden politischen Gremien der Stadt. Die KK ist außerdem für das Monitoring und Controlling der Umsetzungsfortschritte zuständig.

Über die spezifische Organisationsform und Finanzierung der „Kompetenzvermittlung Klimaschutz“ muss noch entschieden werden. Die KK soll möglichst unabhängig von politischen Interessen sein, gleichzeitig aber auch in engem Kontakt zur Stadtverwaltung stehen und über ein entsprechendes Auskunftsrecht verfügen. Von der Projektgruppe diskutiert wurde bspw. die Möglichkeit der Schaffung einer Stabsstelle, aber auch andere Organisationsformen könnten gut geeignet sein. Als Beispiele wurden hier das Revisionsamt der Stadt Frankfurt sowie die städtische Tourismus+Congress GmbH diskutiert, da diese eventuell die oben aufgeführten Anforderungen (Unabhängigkeit, Auskunftsrecht, etc.) erfüllen könnten. Klar ist: Die „Anschubfinanzierung“ für die KK soll zunächst von der Stadt Frankfurt kommen, jedoch ist es aus Sicht der Teilnehmenden des Demokratiekonvents wünschenswert, wenn die KK auf Dauer – im Sinne der Unabhängigkeit – durch eine noch näher zu definierende Mischfinanzierung unterhalten wird.

WAS SPRICHT DAFÜR?

- 1) Mehr Dynamik, mehr Ideen, mehr Perspektiven: Nur so kann die Stadt ihre Klimaziele erreichen. Ein „Weiter so“ reicht nicht, die Stadt alleine schafft es nicht. Die KK bringt mehr Tempo und bessere Ergebnisse!
- 2) Mobilisierung brachliegender Kompetenzen für die Stadt: Die KK macht endlich fruchtbar, was zu lange ungenutzt blieb. In der Stadt Frankfurt – ihren Unternehmen, Vereinen und Initiativen – gibt es unzählige Expert:innen, die sich bisher nicht ausreichend einbringen konnten. Diese Schwarmintelligenz wird dringend benötigt!
- 3) Win-Win für alle: Die KK bietet einen Mehrwert für alle Beteiligten. Zum einen schafft sie eine Anlaufstelle für bisher gehemmten „Klimaheld:innen“, die sich gerne mit ihrer Expertise einbringen möchten (sowohl ehrenamtlich als auch beruflich) und etwas zur Bewältigung der Klimakrise beitragen wollen, aber bislang oftmals nicht wissen, wie und wo sie das tun können. Zum anderen unterstützt die KK die Stadt(verwaltung), die sehr oft will, aber nicht kann, weil ihr die Ressourcen sowie die notwendige (fachspezifische) Expertise fehlt, um schnelle Lösungen für komplexe Probleme zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen.

DIE PROJEKTE IM EINZELNEN

Solardächer auf Frankfurter Schulen

Schulgebäude sind in der Regel besonders für die Installation von Solardächern geeignet, da es sich meist um große Flachdächer handelt. Trotzdem befindet sich auf vielen Schuldächern in Frankfurt noch keine Solaranlage. Dieses Potential muss besser genutzt werden. Die Stromgewinnung kann darüber hinaus durch entsprechende Displays den Schüler:innen verdeutlicht werden. Damit kann der Beitrag zum Klimaschutz transparent gemacht und gleichzeitig ein möglicher Anknüpfungspunkt zur Sensibilisierung sowie "Klimabildung" gefunden werden.

Aus diesem Grund soll die Stadt Frankfurt alle Schuldächer auf ihre Solardach-Tauglichkeit überprüfen und auf allen geeigneten Dächern Solaranlagen installieren.

WAS SPRICHT DAFÜR?

- 1) Die Schulgebäude gehören der Stadt - hier kann die Stadt eigenständig und zeitnah aktiv werden, viele Genehmigungsprozesse können hier beschleunigt werden, weil sie nur intern bearbeitet werden müssen.
- 2) Schulen haben große Dachflächen: Die Installation von Solardächer ist einfach und effektiv.
- 3) Neben der Eigenstromerzeugung ist die Einspeisung des gewonnenen Stroms dank der zentralen Lage der Schulen unkompliziert.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen.

DIE PROJEKTE IM EINZELNEN

Frankfurter Klimaschutzfonds

Frankfurt ist Deutschlands Zentrum der Finanzen und verfügt über viel Know-How in diesem Bereich. Trotzdem haben Frankfurter Bürger:innen heute keine niederschwellige Möglichkeit, ihr Geld regional in Klimaschutzprojekte im Großraum Frankfurt zu investieren. Es scheint jedoch, als wäre dies für viele Bürger:innen eine attraktive Investitionsmöglichkeit. Hierbei soll nicht allein die Gewinnerzielung, sondern der Klimaschutz durch Projekte „vor Ort“ im Vordergrund stehen. Konkret könnte ein „Frankfurter Klimaschutzfonds“ geschaffen werden, in den Bürger:innen, Unternehmen und Banken investieren können, um solche Projekte zu fördern. Dieser Klimaschutzfonds soll, verwaltet durch ein repräsentatives Verwaltungsgremium, lokale Projekte auf deren Klimafreundlichkeit hin bewerten und durch gezielte Investitionen unterstützen. Das Verwaltungsgremium müsste transparent handeln und regelmäßig Rechenschaft über die Verwendung der Mittel ablegen.

Zu klären wären hierbei noch die Frage der genauen Besetzung des Verwaltungsgremiums. Ferner wäre zu prüfen, ob und falls ja wie die rechtlichen Rahmenbedingungen ein wirtschaftliches Tätigwerden der Stadt Frankfurt in diesem Bereich erlauben. Sollte eine direkte wirtschaftliche Beteiligung der Stadt Frankfurt nicht möglich sein wäre eine unterstützende und koordinierende Funktion zu prüfen. Auch wäre die Rechtsform, innerhalb derer ein solcher Klimaschutzfonds zu verwalten wäre, noch genauer zu prüfen.

Die Stadt Frankfurt soll daher:

- » Überprüfen, wie sie eine Struktur schaffen kann, über die alle Bürger:innen in lokale Klimaschutzprojekte investieren können;
- » Ein Konzept für Banken und Börsen schaffen, damit diese sich an einem lokalen Klimaschutzfonds beteiligen können;
- » Hierbei gegebenenfalls mit Banken kooperieren.

WAS SPRICHT DAFÜR?

- 1) Frankfurt ist „die“ Bankenstadt Deutschlands: Wenn kein Klimaschutzfonds hier, wo dann? Frankfurt muss hier zum Leuchtturm werden!
- 2) Zwar gibt es verschiedene Formen „grüner“ Anlageprodukte, aber keine mit lokalem Fokus. Mit dem Klimaschutzfonds können Frankfurter:innen niedrigschwellig in Projekte vor ihrer eigenen Haustür investieren – und sehen direkt die positiven Effekte ihrer Investition.
- 3) Win-win: Neue Finanzierungsquellen für Klimaschutz-Projekte UND aktive Beteiligung sowie persönliche Vorteile für die beteiligten Frankfurter:innen.

Abstimmungsergebnis: 39 Ja, 1 Nein.

Gründe, warum mit „Nein“ gestimmt wurde.

- » Das kann die Stadt nicht, es fehlt an Expertise, die durch die Kompetenzvermittlung bereitgestellt werden könnte.

DIE PROJEKTE IM EINZELNEN

„Babbel-Bänksche“

Die „Babbel-Bänksche“ schaffen nachhaltige und soziale Begegnungsorte für ALLE im öffentlichen Raum. Sie sollen durch die verwendeten, recyclebaren Materialien, eine vertikale Begrünung und den Repair-Ansatz inkludierend, ökologisch sein.

Um dieses Projekt umzusetzen soll als erstes mit fachkundigen Beschäftigten (z. B. Azubis des Grünflächenamtes der Stadt Frankfurt am Main) eine Projektskizze geschaffen werden. Diese kann schon als physisches Modell gebaut oder erst auf Papier vorgezeichnet werden. Anhand dieses Modells und der in der Projektskizze enthaltenen Anforderungen der Bank (vertikale Begrünung, Solarplatten auf Dach, recyclebare Materialien, klimaneutrale Herstellung, Fahrrad-Werkzeugkasten, Begegnungen und Kommunikation-ermöglichend, autonom, zum Verweilen einladend und ausbaubar) soll ein Wettbewerb ausgeschrieben werden, bei dem sich lokale Künstler:innen, Studierende der Architektur, Graphic, etc. und andere Frankfurter:innen mit ihren Vorschlägen bewerben können. Über den Kontakt zu den Ortsbeiräten, und/oder über die Stadtverordnetenversammlung und den Gang durch die Fraktionen sollen dann Gelder und mögliche Orte für die Bänke gefunden werden. Dabei soll die Projektgruppe zu jeder Zeit miteinbezogen werden und ein Mitspracherecht besitzen.

Durch das Projekt soll also nachhaltige Mobilität durch den Repair-Ansatz und die Sitzmöglichkeiten für Menschen, die nicht so gut zu Fuß sind, unterstützt werden. Durch die vertikale Begrünung, die einen kühlenden Effekt hat und Biodiversität fördert, soll auch das Klima nachhaltig geschützt werden. Und zu guter Letzt wird durch das „Babbel-Bänksche“ auch ein Ort der Beteiligung und Begegnung ohne Konsumzwang geschaffen.

WAS SPRICHT DAFÜR?

- 1) Konkretes Projekt: Der Ressourcenaufwand ist gering und die Resultate schnell erzielbar und sichtbar.
- 2) Das Projekt kann zeitnah angestoßen und umgesetzt werden – die Stadt kommt ins Tun.
- 3) Das abstrakte Thema Klimaschutz kann auf den Babbel-Bänkschen zu konkreten Gesprächen und Begegnungen führen: Klimaschutz für alle, nicht nur für wenige Expert:innen.

Abstimmungsergebnis: 37 Ja, 3 Nein.

Gründe, warum mit „Nein“ gestimmt wurde.

- » Problem von Vandalismus und Wartung sollte bedacht werden
- » Das Projekt wird der Ernsthaftigkeit des Themas nicht gerecht - daher sollten Ressourcen für Maßnahmen mit größerer Wirksamkeit eingesetzt werden

ZUSAMMENFASSUNG

Zentrale und wiederkehrende Motive der Handlungsempfehlung lauten: Die Kommunikation und Information rund um das Thema Klimaschutz muss verbessert werden, häufig sind die Maßnahmen und Projekte nicht bekannt. Dies muss durch bessere Ansprache gewährleistet werden. Zugleich wird die Stadt aufgefordert, vom Reden ins Handeln zu kommen und ihren Zielen gerecht zu werden. Die konkreten Projekteideen verdeutlichen, dass lösungsorientiert gedacht werden soll.

Dafür braucht es, so die wiederkehrende Forderung, einerseits die Anerkennung von Klima als relevantes Thema für jedes Dezernat, andererseits eine Ressourcenaufstockung durch mehr Stellen und Personal rund um das Thema Klima. Es wird deutlich, dass überall Ansprechpersonen identifiziert werden müssen. Hier ist die Forderung an die Stadt, Synergien zu finden und unnötigen Bürokratieaufbau zu vermeiden. Es geht nicht um Verkomplizierung, es sollen keine Doppelstrukturen geschaffen werden. Klimaschutz muss höchste politische Priorität haben, denn damit wird auch Verantwortung für zukünftige Generationen übernommen - es ist ein Querschnittsthema. Dies kann auch bedeuten, dass eine Ressourcenverteilung notwendig wird. Finanzierungsmodelle wie etwa der Klimaschutzfonds sollten hier angedacht werden.

Ein jährliches Monitoring zur (Selbst-)Kontrolle ist zentral.

Ein erstes positives Zeichen ist die Verpflichtung der Stadt, auch die Ergebnisse des Demokratiekonvents regelmäßig zu prüfen und über den Umsetzungsstand zu informieren.

UNTERSCHRIFTEN

Dr. Paul Schmidt
D. L. C.
A. Schick
D. Böling
M. K.
Krampe
A. P.
Sei & Molin
V. K.

Frank Horn Christian
Mark S. M. W. Kam Schulz-Seege
A. J. Daniel Tiedje
G. H. W. C. H. W.
Olinda Meeth X. P.
Kai Hartmann
L. W. G. L. W. G.
L. W. G. L. W. G.
L. W. G. L. W. G.
L. W. G. L. W. G.
L. W. G. L. W. G.
L. W. G. L. W. G.
L. W. G. L. W. G.

GRAFIC RECORDINGS

